

Europa muss seine Macht finanzieren

Jean-Marc Vigilant - 30 Jun 2026

Europa muss neue Wege zur Finanzierung seiner Aufrüstung finden, um seine Sicherheit und seine strategische Autonomie zu stärken – trotz der bereits stark angespannten Lage der öffentlichen Finanzen. Diese Bemühungen müssen mit einer besseren Koordinierung der Investitionen, einer verstärkten Unterstützung der europäischen Verteidigungsindustrie und einer Verringerung der Abhängigkeit von ausländischen Lieferanten einhergehen, damit die Erhöhung der Militärausgaben zu einer echten strategischen Stärke Europas führt.



[Stiftung](#) | [Kommission](#) | [Rat der Europäischen Union](#) | [Diplomatie](#) | [Frankreich](#) | [Ungarn](#) |

[Litauen](#) | [Rumänien](#) | [Island](#) | [Republik Moldau](#) | [Ukraine](#) | [Europarat](#) |

[Berichte / Studien](#) | [Trilogie](#) | [Kultur](#) |

[Agenda](#) | [Andere Versionen](#) | [Kontakt](#)

■ **Stiftung :**

75. Jahrestag des Gipfeltreffens von Santa Margherita Ligure

Am 1. Juli veranstaltet die De-Gasperi-Stiftung in Zusammenarbeit mit der Robert-Schuman-Stiftung eine Konferenz zum 75. Jahrestag des Gipfeltreffens von Santa Margherita Ligure, jenem Gründungsereignis der europäischen Zusammenarbeit der Nachkriegszeit, bei dem sich die Regierungschefs Italiens und Frankreichs, Alcide De Gasperi und René Pleven, in Begleitung der Außenminister Carlo Sforza und Robert Schuman zusammenkamen. In Anwesenheit verschiedener Politiker, Wissenschaftler und Vertreter der Institutionen wird der Austausch sich auf die aktuellen Herausforderungen der europäischen Integration konzentrieren, insbesondere in den Bereichen Sicherheit, Wettbewerbsfähigkeit, digitaler Wandel und strategische Souveränität. [Fortsetzung](#)



NextGenEU: Neue Zahlungen für Österreich und Rumänien

Am 22. und 23. Juni hat die Kommission im Rahmen der Aufbau- und Resilienzfazilität zwei neue Zahlungen an Österreich in Höhe von 325 Millionen Euro und an Rumänien in Höhe von 2,25 Milliarden Euro geleistet. Mit dieser vierten Zahlung hat Österreich somit 92 % seiner Gesamtmittel in Höhe von 3,96 Milliarden € erhalten. Es handelt sich ebenfalls um die vierte Zahlung für Rumänien, das 60,6 % seiner Gesamtmittel in Höhe von 21,41 Milliarden € erhalten hat. Die Stiftung bietet auf ihrer Website eine Übersicht über die verschiedenen nationalen Konjunkturprogramme an, in der die Beträge, Zeitpläne und Prioritäten dargestellt sind. [Fortsetzung](#)

■ Kommission :



Maßnahmen zur Vereinfachung des Steuerwesens

Am 24. Juni hat die Europäische Kommission Maßnahmen zur Vereinfachung des Steuerwesens vorgestellt, die darauf abzielen, den Verwaltungsaufwand für Unternehmen zu verringern und die Wettbewerbsfähigkeit des Binnenmarkts zu stärken. Die Vorschläge sehen insbesondere vor, die Vorschriften für grenzüberschreitende Tätigkeiten zu vereinfachen, die Verwaltungszusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten zu modernisieren und bestimmte Meldepflichten zu lockern. Nach Angaben der Kommission würden diese Maßnahmen den Unternehmen in der Europäischen Union Einsparungen in Höhe von fast 8 Milliarden Euro pro Jahr ermöglichen, davon 3,3 Milliarden Euro an Verwaltungskosten. [Fortsetzung](#)



Stärkung der europäischen Reaktion auf Kriminalität

Am 24. Juni hat die Kommission Maßnahmen zur Stärkung von Europol und Eurojust vorgeschlagen, um die europäische Reaktion auf grenzüberschreitende Kriminalität und Terrorismus zu verbessern. Was Europol betrifft, zielen die neuen Vorschriften insbesondere darauf ab, einen effizienteren Informationsaustausch zwischen den Mitgliedstaaten zu gewährleisten, die operative Unterstützung durch die Einrichtung von Unterstützungsbüros sowie eines Technologie- und Innovationszentrums zu verstärken. Das Mandat von Eurojust wird auf neue Kriminalitätsbereiche ausgeweitet, und die Behörde wird über größere Initiativbefugnisse sowie eine stärkere operative Unterstützung verfügen. [Fortsetzung](#)

■ Rat der Europäischen Union :



Treffen der Minister für Landwirtschaft und Fischerei

Am 22. und 23. Juni erörterten die europäischen Minister für Landwirtschaft und Fischerei die Verordnung zur Festlegung der Bedingungen für die Unterstützung der Union in den Bereichen Fischerei, Aquakultur und Meerespolitik für den Zeitraum 2028–2034. Die Europäische Kommission stellte ihre Mitteilung zum Stand der Gemeinsamen Fischereipolitik vor. Diese Diskussion diene als Auftakt für den jährlichen Prozess zur Festlegung der zulässigen Gesamtfangmengen und der Quoten. Sie erörterten die Modalitäten für die Gestaltung der künftigen Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) nach 2027. Zwar standen sie den Änderungsvorschlägen positiv gegenüber, forderten jedoch mehr Flexibilität bei der Umsetzung der GAP-Ziele. Schließlich befassten sie sich mit den aktuellen Herausforderungen des Agrarsektors, wobei der stellvertretende ukrainische Ministerpräsident Taras Kachka das Wort ergriff. [Fortsetzung](#)



Treffen der Energieminister

Am 26. Juni haben die europäischen Energieminister die Verhandlungsposition des Rates zum "Europäischen Netzpaket" (European grids) gebilligt, das darauf abzielt, die europäische Energieinfrastruktur zu modernisieren und auszubauen, um die Elektrifizierung und Dekarbonisierung des Kontinents voranzutreiben. Sie führten einen Meinungsaustausch über die Dekarbonisierungsbemühungen nach 2030 zur Erreichung des Ziels einer Reduzierung der Treibhausgasemissionen um 90 % bis 2040 sowie über die Auswirkungen der Krise im Nahen Osten auf den Energiesektor. [Fortsetzung](#)



Treffen der Umweltminister

Am 25. Juni haben die europäischen Umweltminister die Fortschritte bei der Änderung der Verordnung über CO₂-Emissionsnormen für Personenkraftwagen erörtert. Anschließend haben sie eine Bestandsaufnahme zur Strategie für Wasserresilienz vorgenommen und eine Diskussion über den Zusammenhang zwischen dem Verlust der biologischen Vielfalt und dem Verlust der Wettbewerbsfähigkeit geführt. Schließlich führten sie einen Meinungsaustausch über die Zukunft der REACH-Verordnung, die die Verwendung chemischer Stoffe regelt. Dabei konzentrierten sie sich insbesondere auf Möglichkeiten, deren Umsetzung zu stärken und die bestehenden Vorschriften zu modernisieren. [Fortsetzung](#)



Handel mit den Vereinigten Staaten: Endgültige Verabschiedung der Zollverpflichtungen

Am 25. Juni hat der Rat zwei Verordnungen zur Umsetzung der Zollbestimmungen der gemeinsamen Erklärung der EU und der Vereinigten Staaten endgültig verabschiedet. Die beiden Texte heben die Zölle auf US-amerikanische Industrieerzeugnisse auf und sehen einen präferenziellen Zugang zum europäischen Markt für bestimmte Fischerei- und Agrarerzeugnisse vor. Diese Zollverpflichtungen sind mit Schutz- und Aussetzungsmechanismen verbunden. Sie ermöglichen es der Union, Zollpräferenzen auszusetzen, wenn die USA ihren Verpflichtungen nicht nachkommen, und rasch zu handeln, falls diese Präferenzen zu einem erheblichen Anstieg der Einfuhren führen, der die Wirtschaftsbeteiligten in der Europäischen Union gefährdet. [Fortsetzung](#)



Ernennungen im Europäischen Auswärtigen Dienst

Am 24. Juni gab die Hohe Vertreterin für Außenpolitik, Kaja Kallas, Ernennungen im Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) bekannt. Die ehemalige niederländische Ministerin Kajsa Ollongren wurde zur Generalsekretärin des EAD ernannt. Derzeit ist sie Sonderbeauftragte der Europäischen Union für Menschenrechte und wird ihr Amt am 1. September antreten. Der Este Matti Maasikas, derzeit stellvertretender Generalsekretär und Generaldirektor für Europa und Zentralasien, wird zum stellvertretenden Generalsekretär für Geoökonomie und interinstitutionelle Angelegenheiten ernannt. Schließlich wird der derzeitige Ständige Vertreter Frankreichs bei der NATO, David Cvach, zum stellvertretenden Generalsekretär für Frieden, Sicherheit und Verteidigung ernannt. [Fortsetzung](#)



Erklärung der Staats- und Regierungschefs der E5-Gruppe

Am 24. Juni bekräftigten die Staats- und Regierungschefs Deutschlands, Frankreichs, Italiens, Polens und des Vereinigten Königreichs bei ihrem Treffen in Berlin ihr Engagement für die Stärkung der euro-atlantischen Sicherheit im Vorfeld des NATO-Gipfels am 7. und 8. Juli in Ankara. Sie vereinbarten insbesondere, ihre Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich zu intensivieren, die militärische und politische Unterstützung für die Ukraine zu verstärken, die europäischen Verteidigungsindustriekapazitäten auszubauen und ihre Bemühungen zu koordinieren, um einen gerechten und dauerhaften Frieden in der Ukraine zu gewährleisten. Die fünf Länder begrüßten zudem die zwischen den Vereinigten Staaten und dem Iran geschlossene Absichtserklärung, die sie als Chance zur Stärkung der regionalen Stabilität betrachten. [Fortsetzung](#)

■ Frankreich :



36. französisch-italienisches Gipfeltreffen

Am 25. Juni fand in Antibes ein Gipfeltreffen zwischen Frankreich und Italien statt. Emmanuel Macron und Giorgia Meloni bekräftigten ihren gemeinsamen Willen, ein geeinteres, souveränes, demokratisches und wettbewerbsfähiges Europa zu schaffen. Sie vereinbarten, ihre bilaterale Zusammenarbeit zu vertiefen, insbesondere in den Bereichen Politik, Wirtschaft, Landwirtschaft, Soziales, Bildung, Wissenschaft, Kultur sowie in der Industrie und im Innovationsbereich. Nachdem sie ihre Unterstützung für die Ukraine bekräftigt und das zwischen den Vereinigten Staaten und dem Iran unterzeichnete Memorandum of Understanding begrüßt hatten, bekundeten sie zudem ihren Willen, die französisch-italienische Zusammenarbeit in den Bereichen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik in allen Bereichen weiter zu verstärken. [Fortsetzung](#)



Plenarsitzung der Deutsch-Französischen Parlamentarischen Versammlung

Am 22. Juni hielt die Deutsch-Französische Parlamentarische Versammlung unter dem gemeinsamen Vorsitz der Präsidentin der Nationalversammlung, Yaël Braun-Pivet, und der Bundestagspräsidentin, Julia Klöckner, eine weitere Plenarsitzung in Paris ab. Die französischen und deutschen Abgeordneten bekräftigten ihren Willen, die bilaterale Zusammenarbeit angesichts der europäischen Herausforderungen in den Bereichen Sicherheit, wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit und Energiewende zu verstärken. Im Mittelpunkt des Austauschs standen die Unterstützung der Ukraine, die Stärkung der europäischen Verteidigung sowie die deutsch-französische Koordinierung innerhalb der Europäischen Union. Dieses Treffen bestätigte die Rolle der Versammlung als bevorzugtes Forum für den parlamentarischen Dialog zwischen Paris und Berlin und als Instrument der politischen Annäherung zwischen den beiden Ländern. [Fortsetzung](#)



Deutsch-französische Vereinbarung über KNDS

Am 22. Juni haben Frankreich und Deutschland eine Vereinbarung über die Strategie und die paritätische Führung von KNDS geschlossen, einem europäischen Unternehmen der Landverteidigungsindustrie, an dem beide Länder als Miteigentümer beteiligt werden wollen. Zudem zielt diese Vereinbarung auf einen Börsengang von KNDS in naher Zukunft ab, wodurch sich das Unternehmen als führender Rüstungskonzern in Europa und weltweit im Dienste der französischen und deutschen Streitkräfte etablieren und seine Wettbewerbsfähigkeit in der europäischen Landstreitkraftindustrie stärken könnte. [Fortsetzung](#)

■ Ungarn :



Neue Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung

Am 23. Juni haben die ungarischen Abgeordneten im Rahmen der Reformwelle von Ministerpräsident Peter Magyar Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung verabschiedet. Die rechtlichen Befugnisse der Integritätsbehörde, einer 2022 im Rahmen von durch die Europäische Union vorangetriebenen Reformen gegründeten Einrichtung zur Korruptionsbekämpfung, wurden gestärkt. Sie kann künftig Vermögensangaben überprüfen, bei der Justiz Ermittlungen zur Korruptionsbekämpfung beantragen oder auch Vergabeverfahren aussetzen, um EU-Mittel zu schützen. Diese Reformwelle zielt darauf ab, dem Land den Zugang zu den 16 Milliarden Euro an EU-Mitteln zu ermöglichen, deren Freigabe die Kommission angekündigt hat – unter der Voraussetzung, dass Reformen zur Lösung der Probleme im Zusammenhang mit Korruption und Rechtsstaatlichkeit umgesetzt werden. [Fortsetzung](#)



Treffen der Visegrad-Gruppe

Am 23. Juni trafen sich die Regierungschefs von Ungarn, Polen, der Tschechischen Republik und der Slowakei in Ungarn im Rahmen der Visegrad-Gruppe (V4), einer 1991 gegründeten Plattform für die Zusammenarbeit zwischen diesen Ländern. In einer gemeinsamen Erklärung vereinbarten sie, ihre Zusammenarbeit untereinander sowie mit externen Partnern – seien es regionale, europäische oder globale – zu verstärken. Sie identifizierten Bereiche, in denen sie auf europäischer Ebene gemeinsame Interessen haben, wie beispielsweise den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen oder die Agrar- und Kohäsionspolitik. Außerdem vereinbarten sie, die Wettbewerbsfähigkeit der Region zu stärken, insbesondere durch den Ausbau ihrer Zusammenarbeit in den Bereichen Digitalisierung, KI, grenzüberschreitende Cybersicherheit sowie Verkehr und Energie. [Fortsetzung](#) - [Andere Links](#)

■ Litauen :



Rücktritt der Ministerpräsidentin

Am 23. Juni gab die litauische Ministerpräsidentin Inga Ruginienė ihren Rücktritt sowie den ihrer von einer Reihe von Krisen erschütterten Regierung bekannt und beendete damit eine zehnmonatige Amtszeit. Eine neue Regierung unter der Führung von Mindaugas Sinkevičius, dem Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei, soll in den nächsten Tagen gebildet werden. Es wird die dritte Regierung sein, die seit den Wahlen von 2024 von dieser Partei geführt wird. [Fortsetzung](#)

■ Rumänien :



Premierminister scheitert bei der Vertrauensabstimmung im Parlament

Am 22. Juni scheiterte Adrian Vestea, der vom rumänischen Präsidenten Nicosur Dan ernannte Premierminister, bei der Vertrauensabstimmung im Parlament und erhielt nur 189 der erforderlichen 233 Stimmen. Knapp zwei Monate nach dem Sturz der Regierung von Ilie Bolojan durch ein Bündnis aus Sozialdemokraten und der rechtsextremen AUR muss der Präsident erneut einen neuen Ministerpräsidenten ernennen. [Fortsetzung](#)

■ Island :



Treffen der Europäischen Freihandelsassoziation in Reykjavik

Am 22. Juni haben die Minister der Staaten der Europäischen Freihandelsassoziation bei ihrem Treffen in Reykjavik die Fortschritte bei den Verhandlungen über ein umfassendes Freihandelsabkommen mit Vietnam begrüßt. Anlässlich dieser Konferenz bekräftigten die EFTA-Mitglieder ihr Bekenntnis zu einem regelbasierten internationalen Handelssystem. Im Mittelpunkt der Gespräche standen zudem die Aktualisierung der Handelsabkommen mit Kanada und Mexiko sowie die Beziehungen zur Europäischen Union. [Fortsetzung](#)

■ Republik Moldau :



2. Gipfeltreffen mit der Europäischen Union

Am 22. Juni verabschiedeten die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union und die moldauische Präsidentin Maia Sandu im Anschluss an das zweite Gipfeltreffen zwischen der EU und Moldau eine gemeinsame Erklärung. Die Parteien bekräftigten ihren Willen, den Beitrittsprozess Moldaus zu beschleunigen, wenige Tage nach der Eröffnung des ersten Verhandlungskapitels. Die Union würdigte die von Chişinău eingeleiteten Reformen und bekräftigte ihre politische, wirtschaftliche und sicherheitspolitische Unterstützung, insbesondere durch den Wachstumsplan für Moldawien, von dem bereits 504 Millionen Euro ausgezahlt wurden, während bis 2027 weitere 528 Millionen Euro mobilisiert werden könnten. Der Gipfel bot Gelegenheit, die Zusammenarbeit in den Bereichen Energie, Digitalisierung, Sicherheit und Bekämpfung hybrider Bedrohungen zu verstärken – vor dem Hintergrund des Krieges in der Ukraine und des russischen Drucks in der Region. [Fortsetzung](#) - [Andere Links](#)

■ Ukraine :

Konferenz zum Wiederaufbau in Danzig

Am 25. und 26. Juni fand in der polnischen Stadt Danzig die Konferenz zum Wiederaufbau der Ukraine statt, die gemeinsam von Polen und der Ukraine geleitet wurde, um internationale Unterstützung für den Wiederaufbau des Landes zu mobilisieren. An der Konferenz nahmen Vertreter von Staaten, internationalen Organisationen, Finanzinstitutionen und der Privatwirtschaft teil; im Mittelpunkt standen der Wiederaufbau kritischer Infrastrukturen, die Stärkung der Energiesicherheit und die Mobilisierung von Investitionen. Bei dieser Gelegenheit kündigte die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, die Auszahlung einer ersten Tranche in Höhe von 3,2 Milliarden Euro aus dem europäischen Darlehen in Höhe von 90 Milliarden Euro an, das zur Finanzierung der Haushaltshilfe und des Verteidigungsbedarfs der Ukraine für die Jahre 2026 und 2027 bestimmt ist. [Fortsetzung](#) - [Andere Links](#) - [Andere Links](#)



Annäherung an die OECD

Am 23. Juni empfing der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj den Generalsekretär der OECD, Mathias Cormann, um die Umsetzung der von der Ukraine eingeleiteten Reformen sowie die Aussichten auf eine Annäherung an die Organisation zu erörtern. Bei dieser Gelegenheit reichte er einen aktualisierten Antrag ein, um ab Herbst 2026 den Status eines OECD-Beitrittskandidaten zu erhalten. Im Mittelpunkt der Gespräche standen die Fortsetzung der Reformen in den Bereichen Regierungsführung, Korruptionsbekämpfung, Modernisierung der öffentlichen Verwaltung und wirtschaftlicher Wiederaufbau. [Fortsetzung](#) - [Andere Links](#)



Verlängerung des vorübergehenden Schutzes für Menschen, die aus der Ukraine fliehen

Am 26. Juni hat die Europäische Kommission vorgeschlagen, den vorübergehenden Schutz für Menschen, die vor dem von Russland geführten Angriffskrieg gegen die Ukraine fliehen, um ein Jahr bis zum 4. März 2028 zu verlängern. Derzeit kommen fast 4,4 Millionen Vertriebene in den Genuss dieses Schutzes. Ziel der Kommission ist es zudem, das Schutzbedürfnis der Menschen mit der Verteidigungsfähigkeit der Ukraine in Einklang zu bringen. Der vorübergehende Schutz wird daher nicht Personen gewährt, die aufgrund ihrer Wehrpflicht auf ukrainischem Gebiet bleiben müssen. Der Rat muss den Vorschlag nun verabschieden. [Fortsetzung](#)



Verlängerung der Sanktionen gegen Russland

Am 25. Juni hat der Rat die Sanktionen gegen Russland aufgrund des von Russland geführten Angriffskriegs in der Ukraine um ein Jahr bis zum 31. Juli 2027 verlängert. Die bestehenden Maßnahmen betreffen Bereiche wie Handel, Finanzen, Energie, Finanzdienstleistungen und Erdöl. Seit dem 24. Februar 2022 hat die Europäische Union 20 Sanktionspakete verabschiedet, um den Druck auf Russland zu verstärken, damit es seinen Angriffskrieg beendet und sich an einem Friedensprozess beteiligt. [Fortsetzung](#)

■ Europarat :



Plenarsitzung der Parlamentarischen Versammlung des Europarates

Vom 22. bis 25. Juni beriet die Parlamentarische Versammlung des Europarates im Rahmen ihrer Sommer-Plenarsitzung über verschiedene Themen im Zusammenhang mit Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit. Die Abgeordneten befassten sich insbesondere mit den Risiken, die künstliche Intelligenz für demokratische Institutionen mit sich bringt, dem Zugang von Migranten und Flüchtlingen zur Gesundheitsversorgung, der Medienfreiheit im Sport, grenzüberschreitender Repression und den Auswirkungen gewalttätiger Pornografie auf die Menschenrechte. Es fanden Debatten über die demokratische Lage in Serbien, Georgien, Aserbaidschan und im Iran sowie ein Austausch über die Ernährungssicherheit in Krisenzeiten statt. Die Parlamentarier wählten zudem die neue stellvertretende Generalsekretärin des Europarats, die Niederländerin Tanja Gonggrijp, die ihr Amt am 1. September antreten wird. [Fortsetzung](#)

■ Berichte / Studien :

Bericht über kriminelle Netzwerke in Europa

Am 26. Juni veröffentlichte Europol die zweite Ausgabe seines Berichts "Die gefährlichsten kriminellen Netzwerke entschlüsseln", der eine gemischte Bilanz des Kampfes gegen das organisierte Verbrechen in Europa zieht. Der Bericht hebt die Zunahme der Cyberkriminalität sowie den wachsenden Einsatz von künstlicher Intelligenz, Kryptowährungen und legalen Geschäftsstrukturen zur Verschleierung illegaler Aktivitäten hervor. Angesichts dieser als "fluid" bezeichneten organisierten Kriminalität fordert Europol eine Reaktion, die über den rein strafrechtlichen Rahmen hinausgeht und Behörden, den privaten Sektor sowie die Zivilgesellschaft einbezieht. [Fortsetzung](#) - [Andere Links](#)



Konvergenzberichte

Am 24. Juni veröffentlichte die Europäische Kommission ihren Konvergenzbericht, in dem die Fortschritte der nicht zum Euro-Währungsgebiet gehörenden Mitgliedstaaten (Ungarn, Polen, Tschechische Republik, Rumänien und Schweden) untersucht werden. Nach Angaben der Kommission erfüllt derzeit keiner dieser Mitgliedstaaten die Kriterien für den Beitritt zum Euro-Währungsgebiet. Die Bewertung der Kommission wird parallel zum Konvergenzbericht der Europäischen Zentralbank (EZB) veröffentlicht. In ihren Schlussfolgerungen stellt die EZB fest, dass die Länder wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit zeigen, aber weiterhin mit Hindernissen bei der Einführung des Euro konfrontiert sind. Die Haushaltslage verschlechtert sich in den meisten Ländern, und die Rechtsvorschriften dieser Länder sind noch nicht vollständig mit den erwarteten Währungsanforderungen vereinbar. [Fortsetzung](#) - [Andere Links](#)

■ Trilogie :



Entsandte Arbeitnehmer, Arbeitnehmer, die gefährlichen Stoffen ausgesetzt sind, und Fahrgastrechte

Am 23. und 25. Juni haben die Verhandlungsführer des Rates und des Europäischen Parlaments drei Vereinbarungen über Vorschriften erzielt, die darauf abzielen, die elektronische Meldung entsandter Arbeitnehmer zu erleichtern, Arbeitnehmer vor der Exposition gegenüber gefährlichen Stoffen zu schützen und die Überwachung der Einhaltung der Fahrgastrechte zu verstärken. Was entsandte Arbeitnehmer betrifft, so wird die Verordnung die Digitalisierung der Entsendemeldungen ermöglichen, um den Verwaltungsaufwand zu verringern. Darüber hinaus stärkt die Überarbeitung der Richtlinie über krebserzeugende und reproduktionstoxische Stoffe die Gesundheit der Arbeitnehmer. Schließlich vereinfachen die Vorschriften zum Schutz der Passagierrechte in der Union den bestehenden Rahmen, insbesondere die Bearbeitung von Beschwerden und die Standards für die Dienstleistungsqualität. [Fortsetzung](#) - [Andere Links](#) - [Andere Links](#)

■ Kultur :



Anish Kapoor in London

Bis zum 18. Oktober widmet die Hayward Gallery in London dem britischen Künstler Anish Kapoor eine Ausstellung – fast 30 Jahre nach seiner ersten großen Retrospektive im Vereinigten Königreich. Das Werk des Künstlers setzt sich mit Spiritualität und Religion auseinander und greift Kapoors Experimente mit Vantablack auf, einem Material, das 99,9 % des Lichts absorbiert. [Fortsetzung](#)



Beatriz González in Oslo

Bis zum 11. Oktober zeigt das Astrup Fearnley Museum in Oslo eine Beatriz González gewidmete Retrospektive. Mit mehr als 150 Werken würdigt diese Ausstellung das Schaffen der kolumbianischen Malerin, die Anfang des Jahres verstorben ist, von den 1960er Jahren bis heute. Die Künstlerin, die für ihre in den sozialen Realitäten ihres Landes verwurzelte Bildsprache bekannt ist, zeigt die Wunden Kolumbiens anhand von Pressefotos, offiziellen Porträts oder auch ironischen Gemälden mit starken Kontrasten und leuchtenden Farben. [Fortsetzung](#)

Festival de Wallonie

Bis zum 22. Oktober finden die Festivals de Wallonie unter dem Motto "Reisen" statt. Bei fast 100 Konzerten erwartet das Publikum in 21 Städten eine musikalische Reise durch vielfältige Repertoires, vom elisabethanischen Gesang bis hin zu britischen Melodien. [Fortsetzung](#)

PHOTO ELYSEE

Foto in Lausanne

Bis zum 1. November präsentiert das Fotomuseum Photo Elysée in Lausanne die Ausstellung "Inferno & Paradiso" des chilenischen Künstlers Alfredo Jaar, die 40 Fotografien vereint, die von 20 internationalen Fotojournalisten ausgewählt wurden. Diese waren gebeten worden, das schmerzhafteste und zugleich hoffnungsvollste Bild auszuwählen, das sie im Laufe ihrer Karriere aufgenommen haben. Inspiriert von Dantes "Göttlicher Komödie" beleuchtet dieser Rundgang aktuelle Krisen und hinterfragt die Rolle der Fotografie beim Verständnis der politischen und sozialen Herausforderungen unserer Zeit. [Fortsetzung](#)



Festival für Kirchenmusik in Rapla

Bis zum 12. Juli feiert das Festival für Kirchenmusik in Rapla, Estland, seine 34. Ausgabe mit einem abwechslungsreichen Programm, das neben Konzerten und Solokonzerten auch eine internationale Gesangsakademie umfasst und sein Engagement für die Ausbildung junger Künstler fortsetzt. [Fortsetzung](#)



Fest Anča in Žilina

Bis zum 5. Juli findet in der slowakischen Stadt Žilina die 19. Ausgabe des internationalen Animationsfilmfestivals Fest Anča statt. Als Schaufenster für Kurzfilme aus dem Land präsentiert es jedes Jahr Werke und Höhepunkte aus der Welt des Animationskinos und sensibilisiert dabei für diese Kunstform in ihren verschiedenen Ausprägungen. Unter dem Motto "Fake" beleuchtet diese Ausgabe anhand von Filmvorführungen, Ausstellungen und Vorträgen die Herausforderungen im Zusammenhang mit Desinformation, Mythen und den Grenzen zwischen Realität und Fiktion. [Fortsetzung](#)



Festival von Aix-en-Provence

Bis zum 21. Juli findet in Aix-en-Provence die 78. Ausgabe des Opernfestivals statt, das sich dem Thema "Suche nach Menschlichkeit" widmet. Es bietet ein hochwertiges und äußerst vielfältiges Programm: Operninszenierungen, zeitgenössische Werke sowie die Wiederentdeckung barocker Meisterwerke und Kammermusik. [Fortsetzung](#)



belvedere

Erna Rosenstein in Wien

Bis zum 10. Januar 2027 zeigt das Belvedere-Museum in Wien eine Ausstellung, die Erna Rosenstein, einer der führenden Künstlerinnen der polnischen Nachkriegsavantgarde, gewidmet ist. Ihre Werke, geprägt vom Holocaust und den politischen Umwälzungen in Polen, zeugen von ihrem Willen, niemals aufzugeben. Die rund 80 Werke – Gemälde, Zeichnungen, Assemblagen und Gedichte – thematisieren Verfolgung und Exil, Verlust und Trauer und zeugen zugleich von der künstlerischen Unabhängigkeit und dem unerschütterlichen Engagement der Künstlerin für den Aufbruch in eine neue Zukunft. [Fortsetzung](#)



Victor Brauner in Monaco

Bis zum 3. Januar 2027 widmet das neue Nationalmuseum von Monaco alle Räume seiner Villa Paloma Victor Brauner, einem französisch-rumänischen Künstler und Pionier des Surrealismus im 20. Jahrhundert. Mit mehr als 160 Werken deckt diese Ausstellung das gesamte Schaffen des Künstlers von den 1920er bis in die 1960er Jahre ab, von Malerei über Zeichnung bis hin zur Skulptur. [Fortsetzung](#)

■ Agenda :



29/06/2026

Rat "Beschäftigung und Sozialpolitik" (Luxemburg)



01/7-31/12/2016

Irische Ratspräsidentschaft



06/07/2026



Der Buchstabe n°1162

PDF

auf Deutsch -- Ausgabe von Dienstag 30. Juni 2026

↓ Ich lade runter

Der Brief ist auch in den folgenden Sprachen verfügbar:



👍 Ich mag den Newsletter der Robert Schuman Stiftung

Die Redaktion des Newsletters :

Helen Levy ;

Catherine d'Angelo, Justin Couteaud,

Malo Chanfray, Elodie de La Vaissière,

Hadrien Balmelle

N° ISSN: **2729-6482**

Eine Frage, eine Anregung?

Kontaktiere uns!

info@robert-schuman.eu

Chefredakteur :

Juliette Bachschmidt

Publikationschef :

Pascale Joannin

[Klicken Sie hier, wenn diese E-Mail nicht korrekt angezeigt wird.](#)

**FONDATION ROBERT
SCHUMAN**

Wollen Sie diesen Newsletter abbestellen? {LINK}